

Tschernobyl – der endlose Schrecken

Nikolai Karpan hat den Super-GAU überlebt. Doch für drei Länder ist der Schaden auch 25 Jahre danach unermesslich

Pauline Tillmann, Kiew

„Dass die Atomkraft am Ende ist, wusste ich schon am 26. April 1986“, sagt Nikolai Karpan. An jenem Tag explodierte der Reaktorblock 4 im AKW von Tschernobyl. Karpan war dort damals leitender Ingenieur. Sein Spezialgebiet: Reaktorsicherheit. „Ich konnte das nicht glauben, das war einfach nicht möglich“, sagt er heute. Nach der Explosion riss ein Grafitfeuer radioaktive Partikel in die Atmosphäre, die Region um das Kraftwerk wurde verseucht, Radioaktivität ging auf weite Teile Europas nieder.

Auch ein Vierteljahrhundert danach gibt es keine zuverlässigen Zahlen über den Gesamtschaden des Desasters. Drei Sowjetrepubliken waren damals am stärksten betroffen: die Ukraine, Weißrussland und Russland. Heute sind sie unabhängige Staaten und führen unterschiedliche offizielle Statistiken. Klar ist daher nur: Es handelt sich um ungeheure Summen. Allein in Weißrussland soll der volkswirtschaftliche Schaden rund 200 Mrd. Euro betragen. Bis heute wenden alle drei Länder fünf bis sieben Prozent ihres Haushalts für die Bewältigung der Spätfolgen auf. Die Ukraine hat sieben Millionen Menschen als Opfer von Tschernobyl anerkannt.

Zu ihnen gehört auch Nikolai Karpan. Er bekommt 300 Euro Rente, laut Gesetz würde ihm das Doppelte zustehen. „Doch unsere Regierung hält sich nicht an Gesetze“, sagt der 65-jährige Ukrainer. Für Medikamente zahlt ihm der Staat pro Jahr 25 Euro. Tatsächlich kosten seine Pillen und Behandlungen rund 1000 Euro. 90 Prozent der Liquidatoren haben mit Spätfolgen ihres Einsatzes zu kämpfen. Viele leiden an Bluthochdruck, Magen-Darm-Erkrankungen, viele auch an Krebs. Anfang der 90er wurde bei Karpan ein Gehirntumor entdeckt, der im Münchner Universitätsklinikum behandelt wurde. Mit Medikamenten und Bestrahlung konnten die Ärzte den Tumor besiegen. Heute denkt Karpan nur noch daran, wenn er seine Tabletten nimmt.

Seine Kinder waren ein und drei Jahre alt, als der Reaktor explodierte. Noch am selben Tag schaffte er sie aus seinem damaligen Wohnort Pripjat, der heutigen Geisterstadt, die nur wenige Kilometer vom Reaktor entfernt liegt. Ihr Immunsystem hat trotzdem Schaden genommen. Sie erkälten sich leicht, auf viele Lebensmittel reagieren sie allergisch. Seine dreijährige Enkelin hat es am schlimmsten getroffen: Sie ist nahezu taub. Es gibt allerdings keinen medizinischen Beweis, dass diese Erkrankungen auf das Reaktorunglück zurückzuführen sind.



Pripjat, die alte Heimat von **Nikolai Karpan** (u.) bei Tschernobyl, ist eine beängstigende Geisterstadt, der **Vergnügungspark** wächst zu. Als Liquidator war Karpan mit der Eindämmung des Reaktorunglücks beschäftigt. Inzwischen hat er einen Gehirntumor besiegt



Tausende andere Kinder, die nach dem Unfall zur Welt kamen, leiden an Schilddrüsenkrebs oder Leukämie. In Weißrussland liegt die Krebsrate bei Kindern unter fünf Jahren bis heute um das Zehntausendfache über dem Normalwert. Vielen Menschen steht der Ausbruch der Krankheit noch bevor, weil zwischen dem Reaktorunfall und einer Krebserkrankung Jahrzehnte vergehen können. Die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) geht davon aus, dass seit dem Unglück 9000 zusätzliche Krebspatienten gestorben sind, andere Quellen sprechen von 30 000 bis 60 000 Toten.

Weite Teile der Ukraine und Weißrusslands wurden durch den Super-GAU verseucht. Mehr als 400 000 Menschen mussten ihre Häuser verlassen. Es wird 300 Jahre dauern, bis Menschen wieder in der 30-Kilometer-Sperrzone um den Reaktor leben können, ohne ein Gesundheitsrisiko einzugehen. Die direkte Umgebung des Reaktors gilt wegen des ausgetretenen Plutoniums für die nächsten 24 000 Jahre als unbewohnbar. Laut einer im April erschienenen Studie von Greenpeace sind einige Lebensmittel aus der Region noch immer

stark belastet: In Milch, getrockneten Pilzen und Beeren wurden unter anderem Cäsium und Strontium gefunden.

An der Reaktorrue wurden insgesamt 800 000 Liquidatoren eingesetzt. In den Tagen unmittelbar nach dem Unglück, als die Strahlung am stärksten war, waren es jedoch nur rund 150. Einer von ihnen war Nikolai Karpan. „Die meisten meiner Kollegen sind inzwischen tot“, sagt er. Der Gefahr sei er sich damals bewusst gewesen: „Es war ein lebensgefährlicher Einsatz. Ich habe versucht, keinen radioaktiven Staub einzuzatmen und keine Überdosis Strahlung abzubekommen.“ Geholfen hat es wenig. Schon wenige Wochen nach dem Einsatz fühlte sich der damals 39-Jährige matt und schlapp. Seitdem kann er nur noch zwei Stunden am Tag arbeiten.

Die Liquidatoren in Fukushima sollen es besser haben. Sie sind mit geschlossenen Ganzkörperanzügen ausgestattet und tragen Strahlungsmessgeräte bei sich. Doch mit welchen Spätfolgen die Japaner rechnen müssen, ist noch völlig ungewiss. Für sie hat die Katastrophe gerade erst begonnen.

Katastrophale Zahlen

9-mal mehr Herz-Kreislauf-Erkrankungen als üblich stellte ein Professor bei Tschernobyl-Arbeitern fest.

9000 Menschen werden noch an den Folgen des Super-GAUs in Tschernobyl sterben, so hat es die Weltgesundheitsorganisation WHO schon vor sechs Jahren geschätzt.

24 000 Jahre lang wird niemand in der Region rund um das Atomkraftwerk leben können.

800 000 Menschen haben nach dem Unglück als sogenannte Liquidatoren in der Nähe des Reaktors gearbeitet.

7 000 000 Menschen beziehen als Opfer der Reaktorkatastrophe in der Ukraine Renten und Beihilfen.

2 250 000 000 Dollar wird der Bau einer neuen Schutzhülle um den Unglücksreaktor kosten. Der Mantel muss ersetzt werden, weil aus dem Atomkraftwerk noch immer Radioaktivität entweicht. **SEBASTIAN GRUNDKKE**

Südländer schaffen den Turnaround nicht

Portugals Defizit höher // Griechen wollen Schulden strecken

Portugal steckt noch tiefer in der Misere als gedacht. Das Land korrigierte sein Staatsdefizit für 2010 überraschend auf 9,1 von bisher gemeldeten 8,6 Prozent. Die Regierung ist unter den Euro-Rettungsschirm geflüchtet und verhandelt derzeit über die Bedingungen für die Hilfen. Im Gespräch ist eine Summe von bis zu 80 Mrd. Euro. Das höhere Staatsdefizit dürfte die Bemühungen erschweren, den Fehlbetrag 2011 auf 4,6 Prozent zu reduzieren. Als Grund für die Korrektur nannte das Statistikamt Ine die volle Einrechnung von drei öffentlich-privaten Partnerschaften. Die Revision sei durch das Hilfesuch beschleunigt worden.

Zugleich verdichten sich Hinweise, dass die griechische Regierung eine „sanfte Restrukturierung“ der erdrückenden Staatsschulden im Einvernehmen mit den Gläubigern erwägt. Vor genau einem Jahr hatte Griechenland Sonderhilfen von 110 Mrd. Euro zugesagt bekommen. Eigentlich soll das Land 2012 an den Kapitalmarkt zurückkehren. Die weiter horrenden Zinsersparungen von 15 Prozent für zehnjährige Anleihen haben aber

Zweifel an dem mit dem IWF vereinbarten Fahrplan geweckt.

Experten rechnen deshalb mit einem Schuldenschnitt. Die griechische Zeitung „Ta Nea“ berichtet ohne Angaben von Quellen, die Regierung erwäge eine freiwillige Vereinbarung mit den Gläubigern über längere Rückzahlungsfristen. Dies müsse vor 2012 geschehen, aber nicht vor Ende Oktober dieses Jahres, wenn EZB-Chef Jean-Claude Trichet aus dem Amt scheidet. Er ist ein entschiedener Gegner einer Schuldenrestrukturierung. Die Zeitung „Isotimia“ berichtete, die Rückzahlungsfristen für griechische Anleihen sollten um fünf Jahre verlängert werden. Die Regierung in Athen hatte ähnliche Berichte bereits mehrfach zurückgewiesen.

In Griechenland selbst macht sich nach Worten des ehemaligen Chefunterhändlers zum Euro-Beitritt, Jannis Stournaras, langsam Reformmüdigkeit breit. „Manche Minister sträuben sich gegen weitere Kürzungen“, sagte er der „Süddeutschen Zeitung“. Nötig sei Reformdruck von außen. Er warnte zugleich vor einem nur vermeintlich leichteren Schuldenschnitt. **REUTERS**

Tepco geht das Geld aus

Fukushima-Betreiber halbiert Bezüge von Vorstandsmitgliedern // Restrukturierungsplan

Martin Kölling, Tokio

Der Betreiber des Kernkraftwerks von Fukushima reagiert mit drastischen Gehaltskürzungen auf das Atomunglück. Die Tokyo Electric Power Company (Tepco) kündigte gestern an, sie werde die Entlohnung ihrer 19 Vorstandsmitglieder halbieren. Tepcos Manager sollen auf 30 Prozent ihres Gehalts verzichten. Die Jahresgehälter der 33 000 Tepco-Angestellten, die nach Tarifvertrag bezahlt werden, will der Konzern um 20 Prozent senken.

Die Kürzungen sind Teil einer radikalen Restrukturierung. Damit will Tepco seinen Beitrag zu den immensen Kosten des Atomunfalls leisten. Auch Immobilien und Aktienbeteiligungen will der Konzern verkaufen. Bis Ende April soll der Plan stehen.

Tepco reagiert damit auf den Druck der Regierung in Tokio. Diese fordert, der Konzern solle so viel Kapital wie möglich aus eigener Kraft aufbringen, um die havarierten Meiler zu sanieren, neue Kraftwerke zu bauen und die Evakuierten zu entschädigen. JP Morgan schätzt die Summe der gesamten Schadensersatzleistungen, die Tepco allein in diesem Geschäftsjahr leisten

muss, auf knapp 17 Mrd. Euro. Da die Kosten allerdings die Finanzkraft des Konzerns zu übersteigen drohen, zimmert die Regierung bereits an einem Rettungsfonds. Dieser soll aus Abgaben der japanischen Stromindustrie und dem Steuersäckel finanziert werden und Tepco langfristige Kredite zur Verfügung stellen, berichtet die Wirtschaftszeitung „Nikkei“.

Mit diesem Plan könnte Tepco zwar möglicherweise eine Verstaatlichung vermeiden. Doch mindestens bis zur Rückzahlung der Gelder würde der Konzern unter Staatsaufsicht bleiben und keine Dividenden zahlen, schreibt die „Nikkei“. Dadurch könnten die Verluste von Tepcos Gläubigern begrenzt werden.

Den Aktionären des Konzerns kommt die Krise jedoch schon jetzt teuer zu stehen. Seit dem Atomunglück ist Tepcos Marktwert um rund 75 Prozent gefallen. Tepcos größter Aktionär, die Lebensversicherung Daiichi, hat daher gestern auf seinen Anteil in Höhe von vier Prozent einen Wertverlust von 100 Mrd. Yen (840 Mio. Euro) angekündigt. Der Reingewinn im Finanzjahr, das Ende März abgelaufen ist, schrumpfte damit von 50 Mrd. auf 19 Mrd. Yen. Auch die an-

deren Großaktionäre werden herbe Wertberichtigungen verkraften müssen. Dazu gehören die Präfektur Tokio, der Lebensversicherer Nippon Life sowie die Finanzgruppen Sumitomo Mitsui und Mizuho.

Andere Unternehmen, besonders die Autobauer, leiden derweil noch darunter, dass die Lieferketten unterbrochen sind. Die Produktion von Toyota und Honda lag im März mehr als 60 Prozent unter Plan. Beide Unternehmen kündeten an, dass es noch bis November oder Dezember dieses Jahres dauern wird, bis sich die Produktion normalisiert. Die Ratingagentur Standard & Poor's hat daher die Bewertungsaussichten von Toyota, Honda, Nissan sowie den Zulieferern Denso und Aisin Seiki auf „Negativ“ gesenkt. Dieser Schritt geht gewöhnlich einer Abwertung der Kreditbewertung voraus.

In den Gebieten, die von dem Erdbeben und dem Tsunami verwüstet worden waren, normalisiert sich das Leben dagegen wieder. Gestern fuhr erstmals seit dem 11. März wieder ein Shinkansen-Superschnellzug von Tokio nach Sendai. Bis Ende der Woche soll die gesamte Strecke in den Norden wieder befahrbar sein.

Fast 500 Taliban gelingt Flucht aus der Haft

Bei einem spektakulären Gefängnisausbruch in der südafghanischen Stadt Kandahar ist Hunderten Taliban-Kämpfern die Flucht gelungen. Wie Gouverneur Tooryalai Wesa gestern mitteilte, entkamen insgesamt 475 Gefangene durch einen mehr als 300 Meter langen Tunnel. Ein Sprecher von Präsident Hamid Karsai nannte den Vorfall einen „schweren Schlag“ für die Sicherheitskräfte. Ein Sprecher der Taliban sagte, es seien rund 100 Kommandeure entkommen, bei den anderen handele es sich um einfache Kämpfer. Es habe mehr als vier Stunden gedauert, um alle ins Freie zu bringen. Nach Taliban-Angaben wurde an dem Fluchttunnel fünf Monate lang gegraben. In der Region Kandahar wurde eine Großfahndung eingeleitet. Die Nato-Schutztruppe bot Unterstützung an. Der Vorfall sei ein „Rückschlag“ im Kampf gegen die radikalislamischen Aufständischen, sagte Isaf-Sprecher Josef Blotz. **DPA**

Wikileaks enthüllt Details zu Guantánamo

Die Terrororganisation al-Kaida wollte nach den Anschlägen vom 11. September 2001 in New York und Washington angeblich den Londoner Großflughafen Heathrow mit einem entführten Verkehrsflugzeug angreifen. Ein Selbstmordkommando sollte das Flugzeug nach dem Start in Heathrow in seine Gewalt bringen und auf das Terminal stürzen lassen. Das gehe aus Dossiers des US-Verteidigungsministeriums hervor, die die Enthüllungsplattform Wikileaks veröffentlichten wollte, berichtet „Der Spiegel“. Der Al-Kaida-Planer Chalid Scheich Mohammed habe der CIA gestanden, 2002 zwei Zellen zur Vorbereitung des Anschlags gebildet zu haben. In Großbritannien lebende Terroristen sollten demnach in Kenia lernen, ein Flugzeug zu steuern. Die Aussagen fänden sich in 765 Dossiers über Häftlinge des US-Gefangenenlagers Guantánamo auf Kuba. Auch weitere Anschläge mit entführten Verkehrsflugzeugen in den USA seien erwogen worden. Der „Spiegel“ weist darauf hin, dass bei den Verhören in Guantánamo Aussagen mit Folterungen erpresst wurden. **DPA**

Elder Statesmen vermitteln in Korea

Der frühere US-Präsident Jimmy Carter und drei weitere ehemalige Staats- und Regierungschefs wollen im Konflikt zwischen Nord- und Südkorea vermitteln. Die Gruppe teilte mit, sie werde dazu heute nach Nordkorea und am Donnerstag nach Südkorea reisen. Carter wird von dem früheren finnischen Präsidenten Martti Ahtisaari, der ehemaligen norwegischen Ministerpräsidentin Gro Brundtland und der ehemaligen irischen Präsidentin Mary Robinson begleitet. „Zu einer Zeit, da der offizielle Dialog mit der Demokratischen Volksrepublik Korea (Nordkorea) stillzustehe scheint, wollen wir möglichst helfen, die Spannungen zu verringern, und den Parteien helfen, die Kernprobleme, darunter die Denuklearisierung, zu lösen“, so der 86-jährige Carter. **DPA**

Computervirus attackiert Iran

Der iranische Staat ist nach Angaben des Militärs erneut mit Computerviren angegriffen worden. Der neue Virus mit dem Namen Stars habe Regierungnetzwerke attackiert, sagte der Chef der Anti-Sabotage-Einheit, Gholam-Rez Jalali, der Nachrichtenagentur Mehr gestern. Einzelheiten nannte er nicht. Letztes Jahr war der Iran mit dem Computervirus Stuxnet angegriffen worden. Stuxnet gilt als intelligentes Sabotagewerkzeug, das das iranische Atomprogramm deutlich zurückgeworfen haben soll. Mit Blick auf den enormen Entwicklungsaufwand werden westliche Geheimdienste dahinter vermutet. **DPA**